



Ulrich Kelber

Mitglied des Deutschen Bundestages
Klimapolitischer Sprecher
der SPD-Fraktion



Marco Bülow

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher Erneuerbare Energien
der SPD-Fraktion




Gesine Mulhaupt


Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglieder der Arbeitsgruppe Energie

Büro Ulrich Kelber, MdB

Platz der Republik 1 (UdL 50)
11011 Berlin

 (030) 227 – 700 26


 (030) 227 – 760 08

 Ulrich.kelber@bundestag.de

www.kelber.de

Büro Marco Bülow, MdB

Platz der Republik 1 (JKH 1.436)
11011 Berlin

 (030) 227 – 73 403

 (030) 227 – 764 08

 marco.buelow @bundestag.de

www.marco-buelow.de

Berlin, 23. Oktober 2003

Erklärung junger Abgeordneter

Förderung der Erneuerbaren Energien konsequent fortsetzen!

Es gibt für die Förderung von Erneuerbaren Energien viele gute und wichtige Begründungen. Wenn auch die ökologischen und klimapolitischen Begründungszusammenhänge gerne heruntergespielt werden, können sie von niemandem ernsthaft angezweifelt werden. Wegen des zum Teil fehlenden Fachwissens konzentrieren sich die Gegenargumente auf die angeblichen ökonomischen Nachteile der Erneuerbaren Energien. Diese sind bei näherer Betrachtung aber ebenfalls unhaltbar, verkehren sich sogar zu einem weiteren Vorteil der Erneuerbaren Energien. In unserer Erklärung wollen wir uns auf die volkswirtschaftliche und finanzpolitische Diskussion konzentrieren.

Die Angriffe gegen die Erneuerbaren Energien gefährden eine wichtige Zukunftsbranche und den Modernisierungskurs der Regierung. Die Gegner führen eine Vergangenheitsdiskussion, bei der auch vor falschen Vergleichen und haltlosen Übertreibungen nicht zurückgeschreckt wird. Die Diskussion fällt leider bei einigen Politikern und Medien auf fruchtbaren Boden, obwohl insgesamt die Einsicht für eine Energiewende wächst.

Als junge Bundestagsabgeordnete wollen wir deutlich machen, dass das Energiethema in Deutschland weiterhin ein Gewinnerthema bleiben muss und wir durch ein rückschrittliches Festhalten an alten Energiestrukturen nicht die Chancen einer Energiewende verspielen dürfen. Wir sehen zum

weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien in Kombination mit einer Steigerung der Energieeffizienz keine akzeptable Alternative. Wenn wir bis Mitte dieses Jahrhunderts nicht den größten Teil unserer Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien bereitstellen, wenn es uns nicht gelingt die ergänzenden fossilen Energieressourcen nachhaltiger und effizienter einzusetzen, werden wir den nachfolgenden Generationen keine akzeptablen Lebensgrundlagen hinterlassen können.

Keiner von uns glaubt daran, dass die Etablierung der Erneuerbaren Energien völlig unproblematisch ist und im kürzesten Zeitraum die alten Energieträger ersetzen könnte. Natürlich müssen wir für eine längere Übergangszeit auf einen breiten Energiemix und auf eine effiziente Fortentwicklung der fossilen Kraftwerkstechnologie setzen. Dennoch ist es gerade aus technologischen Gründen unabdingbar, den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu forcieren. Die Unterstützung der Erneuerbaren Energien erklärt sich eben nicht nur durch die ökologische und klimapolitische Notwendigkeit.

Deutschland ist es gelungen in einem wichtigen Zukunftsmarkt eine führende Rolle einzunehmen. Dies hat eine hohe arbeitsmarktpolitische und technologische Relevanz, die wir bei einer entsprechenden Politik weiter ausbauen können. Gerade der deutschen mittelständischen Wirtschaft kommt der Ausbau der Erneuerbaren Energie zu Gute. In nur wenigen Jahren hat sich eine High-Tech-Branche etabliert. Deutsche Maschinenbauer liefern wichtige Geräteteile an verschiedenen Hersteller in aller Welt. Im Zuliefer- und Handwerksbereich sind viele neue zukunftssichere Arbeitsplätze entstanden.

Ein junger Wirtschaftsbereich (in dem noch keine großen Rücklagen gebildet werden konnte) reagiert auf Schwankungen besonders sensibel. Diskussionen über Förderungskürzung können zu Auftragsverlusten und Verlagerungen führen. Schon jetzt bekommt die Erneuerbare Energien-Wirtschaft die negativen Auswirkungen einer solchen Diskussion zu spüren. Notwendige Investitionen können nicht getätigt werden, weil die Banken wegen der unsicheren politischen Lage die Kredite verweigern. Im Offshore-Bereich verlagern die Investoren ihre Gelder ins Ausland. Kein Wunder, dass die Betreiber die Politik für diese Fehlentwicklung in die Pflicht nehmen.

Nicht ohne Grund hat sich der Bundesverband mittelständische Wirtschaft in einem in der Konstellation einmaligen Aktionsbündnis mit Gewerkschaften, Umweltverbänden und Bauernverband für den Ausbau der Erneuerbaren Energien („Aufbruch in eine neue Zeit - Chancen der Erneuerbaren Energie nutzen“) zusammengeschlossen.

Es ist richtig darauf zu setzen, dass - trotz des immensen ökologischen Vorteils - die Erneuerbare Energien effizienter und preisgünstiger werden müssen. Die Förderbeiträge dürfen nicht explodieren und müssen mittelfristig zurückgeschraubt werden. Bereits das vorhandene

Erneuerbare-Energien-Gesetz ist deshalb darauf angesetzt, durch eine Degression der Förderung diese Faktoren zu berücksichtigen. Aus diesem Grunde explodieren die Kosten nicht, sondern werden in einigen Jahren wieder reduziert. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat sich dabei weltweit als das effizienteste Gesetz zum Klimaschutz bewiesen, was vom World-Watch-Institut in diesem Jahr bestätigt wurde. Zudem erweist sich die Windenergie als eine der innovativsten Energietechnologien: Im Zeitraum 1991 – 2003 konnte die Vergütung für Strom aus neuen Windenergie- Anlagen an Standorten mit mittlerem Windangebot um 55% reduziert werden. Trotzdem ist es sinnvoll die Degressionsstufen regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls zu modifizieren. Allerdings dürfen die Degressionsstufen nicht so hoch angesetzt werden, dass sie die gesamte Branche gefährden.

Zudem sind die verbal geführten Attacken gegen die Windkraft teilweise völlig überzogen und unverhältnismäßig. Unverhältnismäßig ist die Debatte, weil die Förderung der Erneuerbaren Energien im Vergleich zu anderen Förderungen und Subventionen im Energiebereich historisch betrachtet weitaus geringer ausfällt und eben auch einen größeren Nutzen darstellt. Wir sprechen hier gerade mal von etwa einem Euro im Monat, den ein durchschnittlicher Haushalt in Deutschland aufwenden muß, um die Förderung der Erneuerbaren Energien zu ermöglichen. Wenn wir die gleichen Maßstäbe, die wir den Erneuerbaren Energien jetzt schon setzen, auch bei der Atomkraft oder den fossilen Energieträgern angesetzt hätten, hätte sich Deutschland niemals zu einem wichtigen Wirtschaftsstandort entwickeln können.

Ein Urteil über eine „Überförderung“ ist nur dann statthaft, wenn die Kosten der Erneuerbaren Energien nicht nur mit den aktuellen Marktpreisen der fossilen Energie verglichen werden. Um einen wirklichen Vergleich aufstellen zu können, müssen mehrere Kostenrechnungen aufgestellt und addiert werden:

1. Welche Förderungen fließen in die fossile und atomare Energiewirtschaft bei ihrer Markteinführung?
2. Welche offenen und versteckten Förderungen und Subventionen fließen immer noch in die fossile und atomare Energiewirtschaft?
3. Welche Zukunft haben die verschiedenen Energiequellen/Wie viele Jahre sind sie noch verfügbar?
4. Handelt es sich um heimische Energiequellen oder um Quellen, die teilweise in sicherheitspolitisch wenig stabilen Regionen gefördert werden müssen?
5. Wie viele Prozesse/Wege muß die Energieressource von ihrem Ursprungsort bis zu ihrem Verbrauch zurücklegen? Wie viel Energie muß für diese Prozesse/Wege aufgewendet werden und wie viel Energie geht bei diesem Weg verloren?
6. Welcher Beschäftigungsgrad wird durch welche Energieform erreicht?
7. Wie innovativ entwickelt sich eine Energieform, wie schnell erhöht sich in welchem Maß die Effizienz?

8. Wie hoch sind die volkswirtschaftlichen Folgeschäden, die durch die Bereitstellung der verschiedenen Energieformen entstehen?

Selbst wenn also bei allen Abwägungen der ökologische Faktor herausgehalten wird, liegt der Vorteil eindeutig bei den Erneuerbaren Energien. Dies gilt umso mehr, wenn der Blick nicht nur auf den nächsten Wahltermin gerichtet ist, sondern wir es ernst meinen mit der Generationengerechtigkeit. Für uns gilt die Maxime von Ernst Ullrich von Weizsäcker: „Wir müssen mehr in den Sonnenaufgang als in den Sonnenuntergang investieren“.